



Haushaltsrede 2019

Oberbürgermeisterin und Stadtkämmerin Grabe-Bolz

am Donnerstag, 27. September 2018

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Stadtverordnete,

der Haushalt, den ich Ihnen heute vorlege, mag ein Produkt günstiger finanzpolitischer Bedingungen sein; ein Produkt aus einer guten konjunkturellen Lage, die uns gute Steuereinnahmen bescheren; ein Produkt auch aus aktuellen und vergangenen Investitions- und Entschuldungshilfen von Bund und Land, die es uns ermöglichen, weiter in die Zukunft zu investieren; sicher aber auch ein Produkt unserer eigenen kontinuierlichen Anstrengungen, die stets auf einen Mix gesetzt haben aus:

- Verstärkung der eigenen Steuerkraft durch die Attraktivitätssteigerung unserer Stadt auch für neue Einwohner und neue Unternehmen
- Einfordern nötiger und berechtigter staatlicher Hilfen beim Finanzausgleich, bei der Gestaltung von Förderprogrammen
- und last but not least der eigenen Generierung von Einnahmen und Disziplinierung bei den Ausgaben

Mit dem Haushalt 2019 ernten wir also Früchte, die wir selbst gesät haben und solche, in deren Genuss wir durch das günstige finanzpolitische Klima kommen. Dies zusammen schafft ein gutes Resultat, das wir nutzen, auf dem wir uns aber auch nicht ausruhen können.

Ich möchte dies mit einigen Schlaglichtern verdeutlichen.

Der Gesamtergebnishaushalt schließt erneut – im fünften Jahr in Folge – mit einem Überschuss ab. Die rund 2,5 Mio. € benötigen wir allerdings als Reserve aufgrund neuer haushaltsgesetzlicher Bedingungen.

Es ist sozusagen eine neue schwarze Null, die wir hier vorlegen müssen. Wir haben insgesamt mehr Erträge, gleichzeitig auch mehr Aufwendungen.

Unsere eigene Steuerkraft ist so stark wie nie zuvor. Vor allem, weil wir von steigenden Gewerbesteuer-Einnahmen ausgehen. Wir rechnen damit, dass diese um 16 % auf 48 Mio. gegenüber dem Vorjahr steigen.

Das ist ein Zeichen der guten Konjunktur insgesamt, aber auch ein Zeichen der gestiegenen Wirtschaftskraft unserer Stadt.

Ich erinnere daran: Dass große Betriebe wie Pascoe bei uns erweitern und neue wie z.B. Kappa Antipasti oder das Software-Unternehmen Milch+Zucker in Gießen neu ansiedeln oder auch zurückkommen, wie die Reitz-Topmann Holding, sind mindestens so gute Zeichen für unsere Stadtentwicklung wie die Existenz einer sehr lebendigen und erfolgreichen Gründerszene. Alle sie nutzen und betonen die gute räumliche Lage Gießens wie auch das vorhandene Arbeitskräfte-Potential, die Nähe zu den Hochschulen und auch andere Standortfaktoren wie die Kultur-, Sport- und Bildungsinfrastruktur sowie das tolerante weltoffene Klima. Das sind Stärken, auf die wir weiter setzen können und wollen.

In einem noch unveröffentlichten Beitrag schreibt eine bekannte Immobilienzeitung über uns:

„Gießen ist zum Motor im Nordwesten der Metropolregion FrankfurtRheinMain geworden.“

Begründung in Zahlen: Wir sind die Stadt mit dem drittstärksten prozentualen Zuwachs an Bevölkerung und an altersmäßig Erwerbsfähigen sowie mit dem fünfthöchsten Wanderungssaldo aller deutschen Groß- und Mittelstädte.

Zitat: *„Das ist die beeindruckende Bilanz der Universitätsstadt in der aktuellen Auswertung des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumbearbeitung.“*

Die Abstimmung mit Füßen haben wir also schon gewonnen.

Das zeigt sich auch in der Steigerung der Anteile an der Einkommenssteuer um rund 5 Prozent gegenüber dem Haushaltsansatz 2018.

Dass wir gleichzeitig leider einen Teil der Schlüsselzuweisungen verlieren – diese gehen voraussichtlich um ca. 1 Prozent auf noch hohe 56,6 Mio. € zurück, liegt daran, dass wir selbst in den vergangenen Jahren finanzstärker geworden sind.

Insgesamt haben sich damit unsere Erträge – gemessen an den vier großen Ertragsarten Gewerbesteuer, Einkommenssteueranteile, Grundsteuer B und Schlüsselzuweisungen – extrem gut entwickelt. Hatten wir auf dem Tiefstand vor 7 Jahren noch rund 90 Mio. Euro an Volumen, rechnen wir im kommenden Jahr mit 160 Mio. Euro aus diesen Quellen.

In dieser guten Situation steigen auch die Aufwendungen an, z.B. bei der Kreisumlage und der Gewerbesteuerumlage um rd. 3,3 Mio. €. Das sind Folgen der guten Ertragssituation.

Bewusst steigern werden wir unsere Aufwendungen beim Personal um rund 3,5 Mio. Das ist mehr als notwendig, weil bis zum letzten Jahr die wachsenden Aufgaben in einer wachsenden Stadt nur durch den Bestand an Mitarbeitern, wie es uns die Aufsichtsbehörde vorschrieb, bearbeitet wurden. Auf Dauer lässt sich das aber nicht mehr leisten.

Wir müssen -, wie im letzten Jahr begonnen,- „nachziehen“ und unseren Mitarbeitern das Signal geben, dass eine bessere finanzielle Ausgangslage auch bei ihnen ankommt.

Wir haben notwendigerweise sehr lange auf die Bremse getreten und auch von der Motivation unserer Beschäftigten gelebt.

Natürlich werden wir die Personalausweitung verantwortungs- und kostenbewusst steuern, haben aber notwendige Verstärkungen in verschiedenen Bereichen vorgesehen, vor allem im Jugendamt, u.a. Kitas (10 neue Stellen), im Tiefbauamt (5 neue Stellen), beim Brand- und Bevölkerungsschutz (4 neue Stellen), im Gartenamt (4 neue Stellen) und im Ordnungsamt (4 neue Stellen).

Steigen werden auch die Mittel für die Bauunterhaltung unserer Gebäude um rd. 0,7 Mio. € auf 4 Mio. Ich nenne diesen Betrag beispielhaft dafür, dass wir wissen, dass auch das, was wir haben, gepflegt werden muss. Leider gerät dies ja immer wieder in Vergessenheit, wenn man über Neubau- oder notwendige Sanierungspläne redet.

Diese allerdings sind weiterhin notwendig: Wir investieren – unterstützt von Förderprogrammen - weiter auf hohem Niveau in die Infrastruktur unserer Stadt.

39 Mio. Euro sind nächstes Jahr geplant. Wir investieren besonders in die Zukunft unserer Kinder: 42 Prozent der Mittel – rd. 17 Mio. Euro - sollen in die Sanierung unserer Schulen gehen. (KIP-Mittel)

Weitere rund 8 Mio. – etwa 20 % - sind für Straßen und Brücken geplant. Alleine die Baumaßnahme Lahnstraße, die das Tor für Fernbusse öffnet, wird uns 1,5 Mio. kosten.

Um die veranschlagten Investitionen finanzieren zu können, müssen Kreditaufnahmen eingeplant werden. Diese Kreditaufnahmen führen rechnerisch zu einer Nettoneuverschuldung in Höhe von rd. 7,2 Mio. € im Jahr 2019. Darin enthalten sind Kreditaufnahmen für die Förderprogramme KIP I + II i.H.v. rd. 2,4 Mio. €. Diese gelten als festgesetzt und genehmigt.

Die restliche Nettoneuverschuldung entspricht in der Summe dem Saldo der Investitionsmaßnahme zur Errichtung des Gefahrenabwehrzentrums im Jahr 2019.

Ob wir diese veranschlagte Neuverschuldung tatsächlich im Jahr 2019 realisieren müssen, wird insbesondere vom tatsächlichen Baufortschritt bestimmt.

Es ist deshalb denkbar, dass die Neuverschuldung reduziert oder sogar ganz vermieden werden kann, so wie wir es schon in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Doch selbst wenn wir uns nochmals verschulden müssen, meine Damen und Herren, stehen dem immense Werte gegenüber.

Ein Blick allein auf Schuldenstände ohne das Vermögen zu betrachten, wird der Lage nicht gerecht. Deshalb möchte ich an dieser Stelle gerne die Gelegenheit nutzen, die Summe unseres Vermögens vom Jahresabschluss 2017 zu nennen: Sie betrug – gemessen an der Bilanzsumme – rd. 826,8 Mio. € - ein Allzeithoch!

Am Jahresende 2013 betrug es noch rund 805,5 Mio. €.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind noch keine Maßnahmen für das Investitionsprogramm Hessenkasse enthalten.

Der Magistrat arbeitet derzeit an geeigneten Vorschlägen.

Wir werden Ihnen diese Maßnahmenliste zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen, wenn unsere internen Arbeiten abgeschlossen sind.

Hier ist die Terminsituation so, dass wir uns zwischenzeitlich fristwährend zur Teilnahme am Investitionsprogramm grundsätzlich angemeldet haben. Darüber hatte ich Sie darüber bereits schriftlich gesondert informiert.

Für die Anmeldung von Einzelmaßnahmen haben wir bis zum 31.12.2021 zwar Zeit. Wir sollten diesen Zeitraum allerdings nicht bis zum Ende ausschöpfen, weil damit die Zeit für die Durchführung der eigentliche Projekte, die bis Ende des Jahres 2025 vollständig abgeschlossen und abgerechnet sein müssen, verkürzen.

Ein letztes Schlaglicht auf den Haushalt 2019 beleuchtet nochmals eine positive Entwicklung: Unsere Liquidität hat sich als Konsequenz aus den positiven Abschlüssen der letzten Haushaltsjahre kontinuierlich verbessert.

Wir hatten Ende des Jahres 2017 keine Kassenkredite mehr zu verzeichnen und werden auch im laufenden Jahr ohne solche auskommen.

Wir sind zahlungsfähig und haben Rücklagen.

Weil die Liquidität tatsächlich gut ist, können wir den Höchstbetrag an Kassenkrediten im nächsten Jahr nochmals halbieren auf 25 Mio. Euro. Wir brauchen ihn als Absicherung.

Auch das ist ein Zeichen des Erfolgs unserer Finanzpolitik.

Wir haben uns – ,natürlich begünstigt durch die gute Konjunktur und durch Hilfen wie den Schutzschirm, aber ganz sicher auch durch eigene Anstrengungen und Disziplin, – über die letzten Jahre konsequent aus der Abwärtsspirale der Verschuldung befreit.

Tatsächlich: Wir erleben es als eine Erleichterung, die uns momentan mehr Gestaltungsspielräume für unsere Stadt ermöglicht.

Wenn wir die abschließenden Prüfungen der Jahresabschlüsse der Jahre 2015 bis 2017, die in Arbeit sind, vorgelegt haben, können wir auch formal aus dem Schutzschirmvertrag aussteigen.

Dann werden wir es „Schwarz auf Weiß“ haben, was wir heute schon wissen:

Wir haben unsere Chancen gut genutzt. Schon heute brauchen wir kein Haushaltssicherungskonzept mehr aufstellen, weil wir gut gewirtschaftet haben und keine Fehlbeträge aus den Vorjahren haben und ebenso keine Neuen im Finanzplanungszeitraum.

Die laufenden Planungen sind ausgeglichen.

Wir haben bewiesen, dass wir gut wirtschaften können.

Dieser neue gewonnene Gestaltungsspielraum ermöglicht es, den vielen Menschen und auch Unternehmen, die zu uns gekommen sind, weil sie auf Gießens Stärke vertraut haben, noch mehr an Lebensqualität und städtischer Serviceleistung zu bieten.

Über Jahre haben wir uns angestrengt, mit begrenzten Mitteln, aber entschiedener Gestaltungskraft- und willen trotzdem viel zu bewegen und entwickeln.

Es war eine große Leistung, über viele Jahre mit annähernd gleichem Personalbestand rund 10.000 neuen Bürgerinnen und Bürgern eine neue Heimat zu geben; Baugebiete zu schaffen; Planungen dafür vorzunehmen; mehr Kinder in Kitas und Schulen aufzunehmen und ihre Bildung unter guten Bedingungen von Anfang an zu begleiten; für Sicherheit, Ordnung, Brandschutz in einer wachsenden Stadt mit mehr Menschen, mehr Verkehr, mehr Gefährdungspotential gerade zu stehen; Infrastruktur insgesamt zu erhalten, Straßen, Plätze, Grünanlagen zu erhalten und zu pflegen, Kultureinrichtungen; ja, sogar auch neue Angebote, wie z.B. die Park- und Uferanlagen im Zuge der Landesgartenschau zu schaffen und weiter zu pflegen; neue Sozialzentren, Familienzentren und kulturelle Angebote ins Leben zu rufen; in den sozialen Wohnungsbau zu investieren; die Hochschulen in ihren millionenschweren baulichen Erneuerungsprozessen zu begleiten; ja, und auch den kurzfristigen Zuzug von Tausenden von Flüchtlingen in Gießens Erstaufnahme von unserer Seite aus zu begleiten, die vielen minderjährigen Flüchtlinge zu versorgen.

Alles das und noch weit viel mehr ist in diesen letzten – auch finanziell – schwierigen Jahren geschehen. Man vergisst dies zu leicht, wenn man nur Zahlen anschaut und sie mit den Zahlen des Vorjahres vergleicht.

Man vergisst, wie stark Gießen unter Druck stand und wie stark Gießen sich – trotz alledem - nach vorne bewegt hat.

Und dennoch: Natürlich muss ich als verantwortliche Kämmerin, die einen überschuldeten Haushalt übernommen und viele schwierige Jahre der Konsolidierung erleben musste, auch davor warnen, aus all dem den Schluss zu ziehen, dass diese heutige positive Entwicklung den Raum für Wunschkonzerte bietet.

Wir müssen uns weiter anstrengen und nicht nachlassen im Bemühen, den eingangs erwähnten Dreiklang aus Steigerung der Steuerkraft, Lobbyarbeit bei Bund und Land und eigener Ausgabendisziplin fortzusetzen.

Zum einen: Solange wir noch formal unter dem Schutzschirm sind, muss sich die Aufstellung der Haushalte – auch in künftigen Jahren – am abgeschlossenen KSH-Vertrag mit dem Land Hessen orientieren.

Außerdem ist die hessische Haushaltgesetzgebung so verschärft worden, dass die Kommunen zukünftig nur noch ausgeglichene Haushalte aufstellen dürfen.

Zum anderen ist es mir wichtig, dass wir die Situation realistisch einschätzen. Wir dürfen nicht verkennen, dass diese Entwicklung nur deshalb möglich war, weil wir überdurchschnittlich hohe Erträge aus Steuern erzielen konnten und gleichzeitig höhere Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten haben.

Im gleichen Zeitraum sind unsere Aufwendungen jährlich ebenfalls angestiegen. Die höheren Erträge haben diese Anstiege weitestgehend wettgemacht.

Diese Situation hat –, wie ich bereits ausführte, - regionale und überregionale Ursachen.

Eine Eintrübung der wirtschaftlichen Situation, die wir nicht steuern können, auf deren Risiken aber alle Spitzenverbände hinweisen, würde sicher dazu führen, dass wir geringere Steueranteile und eigene Steuern haben werden.

Ich zitiere aus einer Presseerklärung des Städtetages:

„Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist angesichts drohender Handelszölle und protektionistischer Tendenzen unklar.

Auch die Zukunft der Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist noch nicht gesichert.“

Und es gibt auch aktuelle Vorhaben, die uns schwächen könnten:

Die erhöhten Gewerbesteuerumlagen zur Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der deutschen Einheit (Solidarpakt-Umlage, Umlage zur Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit) entfallen zum Jahr 2020.

Mit diesen Umlagen wurden die westdeutschen Gemeinden von ihren jeweiligen Ländern zur Finanzierung der deutschen Einheit herangezogen. Der in aktuellen Steuerschätzungen ausgewiesene starke Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen wird maßgeblich hierdurch bestimmt.

Allerdings versuchen derzeit einzelne Länder – unter anderem Hessen -, das gesetzlich vorgesehene Auslaufen dieser Sonderbelastungen zu stoppen bzw. die freiwerdenden Mittel für die Landeskasse zu sichern. Für die Stadt Gießen wären das ab 2020 etwa 3,5 Mio. € jährlich!

Meine Damen und Herren,

wir müssen darauf vertrauen können, dass die Sonderumlagen wegfallen, wenn der Grund für sie wegfällt. Der Fond deutsche Einheit ist abgeschafft, das Geld muss nun wieder den Kommunen zur Verfügung stehen!

Neben dieser Forderung des hessischen Städtetags haben alle kommunalen Spitzenverbände – Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessischer Städtetag und Hessischer Landkreistag – einvernehmlich einen Forderungskatalog an den 20. (zu wählenden) Hessischen Landtag und die Landesregierung aufgestellt, der u.a. noch folgende zwei Kernpunkte beinhaltet:

- Land (und Bund) sollen sich nicht nur an den Investitionskosten, sondern auch dauerhaft an den Betriebskosten der Kitas beteiligen.
- Das Land soll seine Verantwortung für gesunde Kommunalfinanzen und zukünftig hinreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen dauerhaft wahrnehmen.

Im Forderungskatalog heißt es:

„Trotz Hessenkasse bleibt das kommunale Hessen Hochschuldenland. Bei den Investitionskosten liegt es auf dem letzten Platz“.

Eine weitere, die Bürgerschaft sehr bewegende Diskussion, betrifft die Straßenbeitragssatzung. Eine Abschaffung würde ich als Oberbürgermeisterin befürworten.

Hier ist allerdings die Landesregierung gefragt, den Kommunen die notwendigen umfassenden Einnahmeausfälle zu ersetzen.

Es können nicht immer mehr finanzielle Lasten von den Kommunen getragen werden.

Sie sehen: Es gibt viele Rahmenbedingungen, die die Aufstellung unserer Haushalte beeinflussen.

Nutzen wir aber nun unsere Chancen, um zukunftsfähig zu sein und zu bleiben!

- Wir werden weiter in die soziale Infrastruktur investieren, in unsere soziale Stadt.

Beste Beispiele dafür sind die inzwischen drei „Soziale-Stadt - Quartiere“, das „Flussstraßenviertel“, die „Nördliche Weststadt“ und der „Eulenkopf“;

Soziale Stadt, ein Bund-Länder- Förderprogramm für integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die zur nachhaltigen Entwicklung und der sozialen Integration im Quartier und damit in der ganzen Stadt beitragen werden.

- Wir werden weiter den Empfehlungen unseres Wohnungsversorgungskonzepts folgen und bezahlbaren Wohnraum schaffen; dazu dient unser Investitionsprogramm „soziales Wohnen“ und die Ermöglichung von Bauflächen und –recht.
- Die sozial-gerechtere Gestaltung der Kitagebühren bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung für bessere Bildung für alle und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt auch 2019 ein Anliegen.
- Wir werden weiter intensiv für Bildung und Bildungsgerechtigkeit als den wichtigsten Faktor für Integration und Chancengleichheit eintreten durch die Sanierung von Schulen als Voraussetzung für besseres Lernen, aber auch z.B. durch Programme und Konzepte zur Frühen Bildung, Schülerbetreuung, zu Ganztagsangeboten oder zur Digitalisierung der Lernwelten.

- Wir werden weiter intensiv daran arbeiten, das Leben in unserer Stadt nachhaltiger zu gestalten. Die Verkehrswende wie die Klimawende muss von uns gesteuert werden, und ich bin dankbar dafür, dass wir z.B. mit der Einführung des Jobtickets wie auch durch die weitere Förderung des Nah- und Radverkehrs Alternativen zum Verkehrschaos bieten.
- Kultur- und Sportangebote und -flächen werden unterstützt und weiterentwickelt. Hervorzuheben ist der Prozess der Neukonzeptionierung unseres Oberhessischen Museums mit seinen Schätzen mit dem Ziel, ein inhaltlich und baulich zeitgemäßes Museum zu entwickeln.
- Wir werden auch weiterhin gemeinsam für die Pflege und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes Gießen, ja besonders auch für den Erhalt einer lebendigen Innenstadt, in dem attraktiver Handel betrieben werden kann, eintreten – durch Werbung für den Standort, durch Beratung und Begleitung der Unternehmen, durch die Schaffung von Baurecht, aber auch durch gemeinsamen entschiedenen Kampf gegen Angriffe von außen – wie wir es in der FOC-Planung erleben.
- Wir werden uns auch weiter um Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt kümmern. Wir müssen nicht nach Chemnitz schauen, um zu verstehen, dass ein Rechtsstaat nicht nur in schlechten Tagen gebraucht und verteidigt werden muss.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat, in seine Gerechtigkeit und auch Wehrhaftigkeit ist ein Gut, das wir auf allen Ebenen verteidigen müssen.

Für alle diese Entwicklungen und Anstrengungen, die wir gemeinsam gestalten und tragen, danke ich meinen KollegInnen im hauptamtlichen Magistrat, der Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, der Stadträtin Astrid Eibelshäuser und dem Stadtrat Peter Neidel.

In diesem Sinne:

Dieser Haushalt schafft die Grundlage dafür, dass unsere Stadt weiter in allen Bereichen wachsen und gedeihen kann.

Er bietet die Grundlage für ein weiterhin friedliches, solidarisches und gemeinwohlorientiertes Zusammenleben aller Menschen, die bei uns sind und für die wir Verantwortung übernehmen.

Ich bitte Sie um Beratung und Zustimmung zu unserem Zukunftsprogramm „Gießen 2019“.